LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
17. Wahlperiode

Vorlage 17/5852 – neu –
16. Dezember 2019

An die
Mitglieder des Ausschusses für Medien, Digitale Infrastruktur und Netzpolitik

Informationsfahrt des Ausschusses für Medien, Digitale Infrastruktur und Netzpolitik in die Schweiz vom 2. bis 4. August 2019

Bericht der Delegationsleitung

Anliegend erhalten Sie den Bericht der Delegationsleitung über die im Betreff bezeichnete Informationsfahrt.

Abteilung P - Parlament

Bericht der Delegationsleitung über die Informationsfahrt des Ausschusses für Medien, Digitale Infrastruktur und Netzpolitik in die Schweiz vom 2. bis 4. August 2019

Gemäß Beschluss des Ältestenrats vom 5. Dezember 2017 soll nach einer Informationsfahrt zur Verarbeitung der inhaltlichen Ergebnisse und deren Einspeisung in den parlamentarischen Diskurs ein Bericht der Delegationsleitung über die Inhalte der Informationsfahrt erstattet werden. Der Bericht soll Kernpunkte und Ergebnisse der Fahrt zusammenfassen.

Als Delegationsleiter erstatte ich folgenden Bericht:

Der Ausschuss für Medien, Digitale Infrastruktur und Netzpolitik führte vom 2. bis 4. August 2019 eine Informationsfahrt in die Schweiz durch.

Die Fahrt diente der Informationsgewinnung über die medienpolitischen Regulierungsstrukturen und dem Austausch mit verschiedenen Akteuren der Medienlandschaft in der Schweiz.

Die Informationsfahrt startete mit einem Besuch bei dem Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) in Biel. Dieses hat vergleichbar mit der deutschen Bundesnetzagentur die Rahmenbedingungen für einen wirksamen Wettbewerb und eine bedürfnisgerechte Grundversorgung im Bereich des Fernmelde- und Postwesens zu gewährleisten, damit der Bevölkerung sichere und moderne Kommunikationsinfrastrukturen zur Verfügung gestellt werden können. Darüber hinaus sichert die BAKOM mit Mitteln der Medienförderung die Rahmenbedingungen eines vielfältigen Mediensystems als Voraussetzung des demokratischen Meinungs- und Willensbildungsprozesses. In ihrer Doppelfunktion als netzpolitische Wettbewerbsbehörde und medienpolitische Förderanstalt hat die BAKOM den Auftrag, die vom Bundesrat im September 2018 beschlossene „Strategie Digitale Schweiz“ unter Einbeziehung der verschiedenen Akteure in einem Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen umzusetzen, um die mit der Digitalisierung verbundenen Chancen für alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfassend nutzen zu können.

Mit Vertretern der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) in Bern wurde die Situation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Schweiz erörtert. Dessen Rolle war im Zusammenhang mit der gescheiterten „No-Billag“-Initiative Gegenstand leidenschaftlicher Diskussionen. Zwar wurde die Initiative zur Abschaffung der Gebührenfinanzierung mit großer Mehrheit abgelehnt. Dennoch wurden und werden die Rolle und der Auftrag des öffentlichen, gebührenfinanzierten Rundfunks aus Anlass der in dem Volksbegehren deutlich gewordenen Kritik am bestehenden System hinterfragt, auch um den (unterlegenen) Kritikern entgegenzukommen. Mit der Umstellung der Finanzierung von einer geräteabhängigen Gebühr auf eine Haushaltsabgabe in Höhe von 365 Schweizer Franken muss der einzelne Gebührenzahler bei breiterer Erhebungsbasis nun weniger zahlen. Zudem wurden die insgesamt der SRG zur Verfügung gestellten Mittel gedeckelt und gesetzlich klarer geregelt, in welchem Ausmaß und unter welchen Voraussetzungen zusätzliche Online-Angebote

zulässig sind, die in Konkurrenz zu der privatwirtschaftlich tätigen Presselandschaft stehen.

Bei dem Besuch der Neuen Zürcher Zeitung des Medienunternehmens NZZ Mediengruppe diskutierte der Ausschuss mit dem stellvertretenden Chefredakteur der Neuen Zürcher Zeitung und dem Leiter Internationales die Herausforderungen und Chancen, die sich für ein bislang klassisches Printmedium vor dem Hintergrund der sich rasant wandelnden digitalen Medienwelt stellen. Die NZZ hat sich hierzu stark auf den digitalen Lesermarkt ausgerichtet und hierbei insbesondere eine Digitalstrategie für den deutschen Markt entwickelt, um über den vergleichsweise kleinen deutschsprachigen Lesermarkt in der Schweiz hinaus neue Leserschichten ansprechen zu können.

Mit dem Züricher Medien-Start-up „Republik“ lernte der Ausschuss einen ganz neuartigen Akteur in der sich wandelnden Medienwelt kennen. Aufgrund der infolge der Zeitungskrise entstanden Konzentration im Printmarkt und der damit verbundenen Medienmacht weniger großer Verlagsgruppen, ist die Republik mit einem eigenen publizistischen Konzept in den Markt getreten. Das reine Online-Magazin konkurriert nicht auf dem Nachrichtenmarkt, sondern versucht mit Hintergrundanalysen und investigativem Journalismus ein Gegengewicht zu den großen Akteuren zu bilden.

Abgeschlossen wurde die Informationsfahrt mit einem Besuch der Verlagsgruppe „Tamedia AG“, unter deren Dach in Zürich mittlerweile nahezu alle Schweizer Regionalzeitungen sowie eine ganze Reihe von unterschiedlichsten journalistischen Magazinen erscheinen. Die vielen kleinen Regionalzeitungen in der Schweiz konnten im Zuge der großen Zeitungskrise und vor dem Hintergrund der Digitalisierung nur durch eine starke Konzentration und Zentralisierung überleben. So wird mittlerweile der gesamte Mantelteil der unterschiedlichen Zeitungen zentral in Zürich produziert und lediglich die Regionalteile entstehen in kleinen Redaktionen vor Ort. Synergieeffekte durch große Druckzentren, eine zentrale Onlineredaktion und die Verknüpfung mit vielfältigen anderen Netzwerkangeboten ermöglichen es der Tamedia AG, auf dem schwierigen Anzeigenmarkt die für hochwertigen Qualitätsjournalismus erforderlichen Mittel einzuwerben. Auch wenn man die damit verbundenen Konzentrationstendenzen bedauern mag, war dies aus Sicht der Verlagsgruppe die einzige Möglichkeit, um in dem vorhandenen Medienmarkt überhaupt mit einem vielfältigen und breiten Angebot überleben zu können.

In allen Gesprächen hat sich gezeigt, dass die Medienwelt durch die Digitalisierung vor einem großen Umbruch steht, der vielfältige Chancen, aber auch erhebliche Risiken birgt. Gerade vor dem Hintergrund der Medienkonzentration, die Folge der stark veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Medienwelt ist, ist die Sicherstellung einer vielfältigen Medienlandschaft eine große gesellschaftliche Aufgabe, die nicht allein dem Markt überlassen werden kann.

Der Ausschuss hat die Informationsfahrt als außerordentlich fruchtbar und erkenntnisreich bewertet.

Hans-Josef Bracht
Vizepräsident des Landtags